

Antrag C03: Solidarität mit den streikenden LKW-Fahrer*innen

Antragsteller*in:	Bezirksvorstand
Status:	angenommen
Sachgebiet:	C - Arbeit und Soziales

1 Die Jusos Hessen-Süd bekunden ihre Solidarität mit den streikenden LKW-Fahrer*innen
2 aus Georgien und Usbekistan, die seit Wochen an der Autobahn-Raststätte Gräfenhausen
3 ausharren und für faire Arbeitsbedingungen und Bezahlung kämpfen.

4

5 **Forderungen:**

6

7 • Verstärkte Kontrollen im grenzübergreifenden Gütertransport. Ökonomische Zwänge
8 berücksichtigend, darf hierbei die Verantwortung nicht an die Fahrer*innen
9 ausgelagert werden. Es werden zudem fallspezifische Unterstützungsangebote
10 bereitgestellt, um Repressionen durch Unternehmen entgegenzuwirken.

11 • Verantwortung der Unternehmen für ihre Lieferketten.

12 • Stärkung der Rechte von Gewerkschaften.

13 • Ausbau der Befugnisse des Bundesamts für Logistik und Mobilität.

14 • Verschärfung der Strafgesetze gegen Union Busting und Nichteinhaltung
15 gesetzlicher Standards. insbesondere des Strafgesetzbuches (StGB), um höhere
16 Geldstrafen und Freiheitsstrafen gegen Union Busting und die Nichteinhaltung
17 gesetzlicher Standards durchzusetzen

18 • Einführung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die sich auf Verstöße gegen
19 Arbeitsbedingungen und Löhne spezialisieren. Hierzu sollte eine gesetzliche
20 Grundlage geschaffen werden, die die Errichtung solcher Staatsanwaltschaften
21 ermöglicht und ihre Zuständigkeiten und Befugnisse regelt.

Begründung

Die Forderungen zielen darauf ab, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung von LKW-Fahrer*innen im internationalen Transportwesen zu verbessern. Durch verstärkte Kontrollen und die Übernahme von Verantwortung für Lieferketten durch Unternehmen sollen Ausbeutung und Missachtung von Menschenrechten verhindert werden. Die Stärkung der Rechte von Gewerkschaften und der Ausbau der Befugnisse des Bundesamts für Logistik und Mobilität sollen dazu beitragen, dass Fälle von Arbeitsausbeutung leichter geahndet und verhindert werden können.

Des Weiteren sollen durch die Verschärfung der Strafgesetze und die Einführung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften härtere Strafen für Union Busting und die Nichteinhaltung gesetzlicher Standards durchgesetzt werden. Dies soll ein klares Signal setzen, dass solche Verstöße nicht toleriert werden und die Rechte von Arbeitnehmer*innen geschützt sind.

Die Jusos Hessen-Süd stehen solidarisch an der Seite der streikenden LKW-Fahrer*innen und setzen sich für eine gerechte und menschenwürdige Arbeitswelt im internationalen Transportwesen ein.